

Viktor Orbán

## "Meine kleine Handgranate reicht dafür nicht"

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán über sein Ultimatum an Europa, sein Selbstverständnis als Konservativer und einen ungebetenen Rat an Angela Merkel. Ein Gespräch

Interview: **Giovanni di Lorenzo**

25. November 2020 / DIE ZEIT Nr. 49/2020, 26. November 2020 / 

EXKLUSIV FÜR ABONNENTEN



Viktor Orbán, 57, ist neben Angela Merkel der erfahrenste Regierungschef in der EU. Er ist seit 2010 Ungarns Ministerpräsident, von 1998 bis 2002 hatte er schon einmal regiert. © Vivien Cher Benko

Als Viktor Orbán am 16. November zum Interview in seinem Amtssitz im Burgpalast in Budapest erscheint, legt er ein Schreiben mit amtlichem Siegel auf den Tisch. Adressiert ist es an "Her Excellency Madam Angela Merkel". In zwei knappen Sätzen heißt es, dass die ungarische Regierung dem künftigen EU-Haushalt nicht zustimmen wird [<https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-11/veto-eu-haushalt-polen-ungarn-erpressung-corona-hilfen-rechtsstaatlichkeit>]. Damit stürzt Ungarns Ministerpräsident die Europäische Union in ihre nächste große Krise.

**DIE ZEIT:** Haben Sie das gerade abgeschickt?

**Viktor Orbán:** Ja, vor zwei Stunden.

**ZEIT:** War die Kanzlerin vorgewarnt?

**Orbán:** Es gab vor wenigen Tagen eine Videoschleife zu diesem Thema. Ich will nicht verraten, was Angela Merkel gesagt hat, das wäre unfair. Aber ich kann Ihnen erzählen, was ich ihr gesagt habe: "Worum du mich bittest, Angela, ist Selbstmord."

**ZEIT:** Mit diesem Schreiben, mit dieser Drohung, ist die maximale Stufe der Eskalation erreicht. Jetzt rasen zwei Züge aufeinander zu. Kann man sie noch aufhalten?

**Orbán:** Es rasen keine zwei Züge aufeinander zu. Unser Zug steht, denn wir beschützen einen Status quo, und ihr konntet uns bislang nicht davon überzeugen, weshalb etwas geändert werden müsste. Das ungarische Bild ist also, dass wir stehen und der Zug der Deutschen auf uns zurast und uns vom Gleis schieben will.

**ZEIT:** Warum sprechen Sie vom Zug der Deutschen? Deutschland hat zwar seit Juli turnusgemäß für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft – aber es ist dennoch ein Zug fast aller europäischen Staaten.

**Orbán:** Ja, aber Deutschland hat nun mal den Vorsitz. *(lacht)* So ist es, wenn man den Vorsitz hat, das ist eine sehr undankbare Aufgabe.

**ZEIT:** Die Positionen sind so: Auf der einen Seite steht die Mehrheit der europäischen Staaten, die den sogenannten Rechtsstaatsmechanismus einführen wollen. Verstöße gegen gemeinsame Grundwerte innerhalb der EU sollen durch Kürzung von Subventionen aus Brüssel sanktioniert werden. Auf der anderen Seite steht Ungarns Ministerpräsident Orbán gemeinsam mit dem polnischen Regierungschef [<https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-11/eu-haushaltskrise-polen-ungarn-corona-hilfen-deutsche-ratspraesidentschaft>] und sagt: Wenn der Rechtsstaatsmechanismus kommt, dann geben wir nicht die Zustimmung für den europäischen 7-Jahres-Haushalt und vor allem nicht zum Corona-Rettungspaket. Das sind politische Atombomben, die Sie abwerfen.

**Orbán:** Wenn die Deutschen so etwas tun, dann sind das Atombomben, wenn wir sie abwerfen, dann sind es nur Handgranaten. Denn worum geht es? Es ist nur eine Frage des politischen Willens, dass wir den Ländern, in denen die Staatsverschuldung bei über hundert Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt, wie zum Beispiel Italien oder Spanien, das Geld geben, das sie benötigen. Bei uns liegt sie übrigens weit unter hundert Prozent. Wer Schwierigkeiten hat, dem helfen wir so schnell wie möglich. Und die Rechtsstaatlichkeitsdiskussion können wir unabhängig davon fortsetzen, das muss nicht jetzt sofort geschehen.



Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 49/2020. Hier können Sie ab 17 Uhr die gesamte Ausgabe lesen. [<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2020/49>]

**ZEIT:** Der Rechtsstaatsmechanismus hat mit Ihrer Budgetzustimmung aber nichts zu tun! Die Debatte läuft seit Jahren. Erst im Juli hatten sich alle 27 Mitgliedsstaaten, zunächst auch Ungarn, darauf verständigt.

**Orbán:** Bei der Entscheidung im Juli ging es darum, dass wir Regeln zum Schutze der Finanzinteressen der EU machen. Punkt. Die Frage des Rechtsstaatsmechanismus gehört auf höchster Ebene im Rat geklärt, und dort

Z +

## Exklusiv für Abonnenten

### Intensivstation in Basel

#### "Wer so etwas mal gesehen hat, der riskiert keine Ansteckung"

[<https://www.zeit.de/arbeit/2020-11/intensivstation-basel-corona-krise-ueberlastung-gesundheitssystem-oberaerztin-pfleger-schweiz>]

### Donald Trump Jr.

#### Ganz der Vater

[<https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-11/donald-trump-junior-us-wahl-republikaner>]

### Corona in der Hausarzt-Praxis

#### Keine Sorge, nur ein Schnupfen?

[<https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2020-11/corona-hausarzt-praxis-symptome-erkaeltung-schnupfen-testung>]

Mehr Abotexte → [<https://www.zeit.de/exklusive-zeit-artikel>]

sollten wir das Thema auch dringend beraten. Das sind für mich zwei Dinge, die nicht miteinander verbunden sind. Doch das Europäische Parlament hat versucht, das im Nachhinein miteinander zu verknüpfen, und drohte, den Haushalt und die Corona-Hilfen zu blockieren, wenn sie nicht an einen neuen, noch undefinierten Rechtsstaatsmechanismus geknüpft werden. Für den gibt es keine objektiven, wissensbasierten, für alle geltenden und nachprüfbaren Kriterien. Und so, wie wir das interpretieren, hat der deutsche Vorsitz entschieden, zugunsten der nachträglichen Wünsche des EU-Parlaments von der Entscheidung des EU-Rates im Juli abzuweichen.

**ZEIT:** Es wird Sie nicht überraschen, dass dies in Deutschland anders gesehen wird.

**Orbán:** Ja, wir haben eine Interpretationsdiskussion. Man kann einen neuen Rechtsstaatsmechanismus machen, aber dann muss der Vertrag ergänzt werden. Was jetzt passiert, das bezeichnen wir als eine schleichende Vertragsänderung, eine Nachverhandlung, bei der die möglichen Betroffenen nicht gefragt wurden. Das ist etwas Unschönes, und es widerspricht dem Gedanken der Rechtsstaatlichkeit. Aber wenn die Deutschen es wollen, dann kommt das. Meine kleine Handgranate reicht dafür nicht, doch die Deutschen könnten das Krisenmanagement von der Rechtsstaatlichkeitsdiskussion trennen.

**ZEIT:** Sie wissen, wie verfahren die Situation ist. Wo läge denn der Kompromiss? Oder gibt es den gar nicht?

**Orbán:** Es gibt eine Lösung.

**ZEIT:** Was ist der Unterschied zwischen Lösung und Kompromiss?

**Orbán:** Wenn eine Lage kompliziert ist, dann muss man zu den einfachsten Absichten zurückkehren. Man muss klarstellen, wer was will. Die in Not geratenen Länder wollen schnell Geld – geben wir das Geld. Andere Länder wollen neue Rechtsstaatlichkeitsregeln – in Ordnung, diskutieren wir darüber. Die erste Sache müssen wir sofort machen, die zweite Sache ist weniger eilig. Der Rechtsstaat, der lässt grüßen, eine Neuregelung kann einige Monate warten.

### **"Es berührt es uns nicht, wenn wir mit Geld erpresst werden"**

**ZEIT:** Halten Sie es für realistisch, dass diese Lösung kommt?

**Orbán:** Der Staat muss den Status quo, also geltendes Recht, schützen. Status quo betone ich nur wegen der moralischen Verantwortung. Moralisch verantwortlich sind die, die etwas ändern wollen, nicht die, die wie wir den Status quo schützen.

**ZEIT:** Die moralisch Verantwortlichen sind also diejenigen, die darauf bestehen, dass in allen Ländern dieselben Menschenrechte, derselbe Freiheitsbegriff, dieselbe Vorstellung von Trennung von Gewalten, dieselbe Freiheit der Medien und der Wissenschaft herrschen?

**Orbán:** Diesbezüglich sind sich alle 27 Mitgliedsstaaten einig. Verantwortlich sind die, die unter solchen Umständen eine juristische Änderung nachträglich herbeiführen wollen und die Haushaltsbeschlüsse sowie die Corona-Hilfen daran knüpfen. Für die Rechtsstaatlichkeit hat Europa bereits eine Rechtsgrundlage, die in den letzten zwanzig Jahren funktioniert hat. Deshalb denke ich, dass man eigentlich nichts ändern muss.

**ZEIT:** Die Gegenseite würde sofort sagen: Da hatten wir auch noch keine Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit wie in Ungarn und Polen.

**Orbán:** Im Vertrag gibt es bereits eine Regelung in Artikel 7. (*Dieser besagt, dass einem Mitgliedsstaat das Stimmrecht entzogen werden kann, wenn er gegen die Grundwerte der EU verstößt. 2018 wurde ein Artikel-7-Verfahren gegen Ungarn angestrengt, aber es ist noch nicht abgeschlossen, Anm. d. Red.*) Wir wollen, dass das gegen uns laufende Verfahren so bald wie möglich zu Ende kommt, und bitten darum, dass der Rat das diskutiert. Ich kann in der Ratssitzung jeden davon überzeugen, dass die ungarische Rechtsstaatlichkeit in Ordnung ist, man möge mir nur die Chance geben. Aber stattdessen beginnen sie damit, ein neues Rechtsinstrument zu schaffen. Wieso?

**ZEIT:** Weil der Artikel 7 als undurchführbar gilt, noch nie ist einem Land das Stimmrecht entzogen worden. Und weil die finanziellen Sanktionen, die der geplante Rechtsstaatsmechanismus vorsieht, die sanktionierten Länder effektiver treffen würde. Was passiert denn, wenn Ihre Lösung nicht auf offene Ohren stößt?

**Orbán:** Das Problem muss Deutschland lösen. Manchmal ist das eine Art *mission impossible*, aber die Deutschen haben den Vorsitz, sie sind zuständig.

**ZEIT:** Immer wieder sind es für Sie die Deutschen. Dabei ist der Ton gegenüber Ungarn und Polen, zum Beispiel in der EU-Kommission unter Frau von der Leyen, doch schon sehr viel sanfter geworden.

**Orbán:** Zweifelsohne. Aber ich bin überrascht, dass ich beim deutschen Standpunkt eine Art intellektuelle Gleichgültigkeit spüre – dass die Deutschen stark sind, klug und taktisch, das ist allgemein bekannt. Aber hier in Ungarn denken wir, dass die Deutschen auch ein Gespür haben müssten, das über die Tagesaktualität hinausgeht.

**ZEIT:** Was meinen Sie damit?

**Orbán:** In der europäischen Politik ist es völlig normal geworden, dass politische Entscheidungen im Hinblick auf Beliebtheitswerte und Umfrageergebnisse getroffen werden ...

**ZEIT:** ... ausgenommen in Ungarn ...

**Orbán:** ... das ist ein Problem unserer Branche (*lacht*). Dennoch wissen wir, dass es außer den tagesaktuellen Beliebtheitswerten auch eine historische Dimension gibt: Welche Wirkung zeigt das, was wir machen, in einem Jahr, in zwei Jahren, in fünf Jahren? Die Deutschen hatten ein Gespür für diese historische Ebene, und jetzt haben sie das in meinen Augen verloren. Sie wollen uns eine Regel aufzwingen, bei der es um die Rechtsstaatlichkeit geht, ohne dass es objektive Kriterien gibt,

Zum Thema

## **EU-Haushaltsstreit**

**Veto gegen EU-Haushalt**

**Wie die EU den Spieß umdrehen kann**

[<https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-11/veto-eu-haushalt-polen-ungarn-erpressung-corona-hilfen-rechtsstaatlichkeit>]

**EU-Haushaltskrise**

**Jetzt bloß keinen Euroimperialismus gegenüber Polen und Ungarn**

[<https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-11/eu-haushaltskrise-polen-ungarn-corona-hilfen-deutsche-ratspraesidentschaft>]

**Umgang mit Viktor Orbán**

**Das Trojanische Pferd von Europa**

[<https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-11/viktor-orban-ungarn-eu-haushalt-alan-posener>]

nur subjektive. Deshalb sage ich, wenn wir diese Regel akzeptieren, dann haben wir aus der Europäischen Union eine Sowjetunion gemacht. Die Deutschen müssten das verstehen, aber sie kümmern sich nicht darum. Ein Rechtsstaat unterscheidet sich von einem Unrechtsstaat doch gerade darin, dass objektive, wissenschaftliche Kriterien der Maßstab sind und Urteile nur aufgrund von Beweisen gefällt werden können. Die Ungarn haben vor 31 Jahren historisch enorm viel dafür getan, dass auch östlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs die Rechtsstaatlichkeitsprinzipien eingehalten werden, aber eben anhand objektiver Kriterien.

**ZEIT:** Der Vergleich mit der Sowjetunion ist Polemik, und das wissen Sie auch.

**Orbán:** Ja, aber in einer Diskussion muss der Standpunkt verständlich gemacht werden. In der ungarischen Streitkultur wird das zu höflich, aber undeutlich Formulierte eher als respektlos betrachtet, und die klaren, kantigen Formulierungen sind ein Zeichen des Respekts.

**ZEIT:** Wenn es hart auf hart kommt: Sitzen die Ungarn nicht am Ende doch am kürzeren Hebel?

**Orbán:** Ich weiß, dass in Deutschland die Ansicht verbreitet ist, die Deutschen würden den Ungarn Geld geben. Und dass die Ungarn von der Union Geld bekommen und somit abhängig sind.

**ZEIT:** Darf ich es ausführen? Ungarn hat allein im vergangenen Jahr aus dem EU-Topf 5,1 Milliarden Euro mehr bekommen, als es selbst eingezahlt hat.

**Orbán:** Das ist eine Seite der Medaille, laut unserer Statistik sind es 4,1 Milliarden Euro. Aber die Unternehmen der EU-Länder nehmen aus Ungarn jedes Jahr sechs Milliarden Euro als Profit und Ausschüttung mit. Es gibt keine Wettbewerbsgleichheit, denn wir kommen aus dem Kommunismus und der Diktatur, Länder wie Deutschland kommen aus dem Kapitalismus, der Freiheit. Wir erhalten keine Zuwendungen von der Union, sondern wir sehen das als eine Kompensation für den Profit, den die anderen EU-Länder bei uns erwirtschaften. Deshalb berührt es uns nicht, wenn wir mit Geld erpresst werden.

### **"Europa muss von unten wachsen"**

**ZEIT:** Wollen Sie damit sagen, dass Ungarn die EU wirtschaftlich gar nicht braucht?

**Orbán:** Nein, ich will sagen, dass weder Deutsche noch Brüsseler die EU-Gelder, die nach Ungarn fließen, als ein Geschenk betrachten können. Das ist eine partielle Linderung ihres im unfairen Wettbewerb erlangten Vorteils.

**ZEIT:** Sie waren Anfang des Jahres bei einer Konferenz in Italien, bei der auch das Edelste aufgetreten ist, was die europäische Rechte aufbieten kann: die Le-Pen-Nichte Marion Maréchal aus Frankreich, Giorgia Meloni aus Italien, Beatrix von Storch von der AfD in Deutschland. Sie sagen immer, Sie seien ein Konservativer – warum zeigen Sie sich mit solchen Leuten?

**Orbán:** *(atmet tief durch)* Die Menschen sind vielfältig, das ist die Ordnung der Welt, wir sind unterschiedlich. Frau Meloni ist eine gute Politikerin. Mit ihr ist es eher leichter, in wichtigen Punkten eine gemeinsame Position zu finden.

**ZEIT:** Mit der Chefin einer postfaschistischen Partei?

**Orbán:** Mein Bild ist nuancierter, aber ich akzeptiere, dass die Organisatoren entscheiden, wen sie einladen.

**ZEIT:** Bei dieser Konferenz haben Sie nichts Geringeres ausgerufen als eine Konterrevolution.

**Orbán:** Der Kampf innerhalb der EU verläuft zwischen zwei Standpunkten. Der eine Standpunkt sagt, die Grundeinheit der EU liegt in den Institutionen. Der andere, den auch ich vertrete, sieht als Grundeinheit der EU den Mitgliedsstaat. Ich denke, man kann nur von den Interessen beziehungsweise den individuellen kulturellen Gestaltungsfreiräumen der Mitgliedsstaaten ausgehen, deren Gesamtheit das europäische Interesse ergibt. Aber Europa muss von unten

wachsen und von seinen Völkern mit ihren herrlich unterschiedlichen kulturellen und historischen Traditionen gebaut werden. Die Stärke der EU liegt in der Vielfalt. Das ist eigentlich der Gedanke von Udo Lindenberg, der 1988 in Budapest ein Konzert gegeben hat – die bunte Republik Deutschland. Wir sind alle unterschiedlich.

**ZEIT:** Udo Lindenberg in Ehren, aber liegt da nicht das Grundmissverständnis einiger osteuropäischer Länder? Die EU ist längst nicht mehr nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine institutionelle, in der die Nationalstaaten einen Teil ihrer Souveränität abgeben. Und jetzt kommen Sie und sagen, ich will von meiner Souveränität aber nichts abgeben. Wie geht das zusammen?

**Orbán:** Ich beschütze den Status quo. Wir haben bislang auch einen Teil der Souveränität abgetreten. Ihre Kritik klingt, als wollte ich zurück vor einen bereits erreichten Zustand. Ich will keinen Rückschritt.

**ZEIT:** In einem Teil der EU gilt es als Fortschritt, dass wir von diesem Nationalstaatsbegriff weggekommen sind.

**Orbán:** Das Ziel der EU ist vielmehr, für ihre Mitgliedsstaaten die Zukunft zu sichern und der Erhalt der Nationen in den Bereichen Sicherheit, florierende Wirtschaft, politische Gestaltung.

**ZEIT:** Weil sie ohne EU nicht überlebensfähig wären, wirtschaftlich?

**Orbán:** Im Bereich der Sicherheit, Wirtschaft und Vertretung gemeinsamer politischer Interessen in der Welt geht es nicht ohne die EU, dafür ist sie erschaffen worden. Aber wir Ungarn wollen die anderen EU-Länder nicht verändern, denn der europäische Wert besteht gerade in dem Respekt vor der Andersartigkeit und den Unterschieden, das ist unsere Stärke. Kulturelle Vielfalt macht die reizvolle Farbigkeit Europas aus.

**ZEIT:** Und Sie möchten in Ihrem Land machen, was Sie wollen, ohne jede Einmischung. Sie wirken so europakritisch, dass man sich manchmal fragt, warum Sie überhaupt noch in der EU sind? Haben Sie mal überlegt, auszusteigen?

**Orbán:** Nein, nie. Vor dreißig Jahren gab's hier eine Diktatur, und Ungarn gehörte zum Interessenbereich der Sowjetunion. Meine Weggefährten und ich haben Jahre unseres Lebens dafür geopfert, das zu ändern. Wir haben die Kommunisten zu Fall gebracht. *Rule of man*, was der Kommunismus ist, wurde durch uns durch *rule of law* ersetzt. Wir sind die Streetfighter, die Revolutionäre der Rechtsstaatlichkeit. Und wir dachten, wenn wir die Kommunisten gestürzt haben, dann gehen wir ein

Bündnis ein mit den in der EU zusammengeschlossenen westlichen Ländern. Das ist kein politisches Programm, das ist unser Leben. Wie könnte ich aus meinem eigenen Leben austreten?

**ZEIT:** Als Sie ein Rebell waren, als Sie sich aufgelehnt haben gegen die sowjetische Herrschaft – schwebte Ihnen da eine liberale Demokratie nach westlichem Muster vor?

**Orbán:** (stöhnt) Ja, damals wurde das so bezeichnet.

**ZEIT:** Auch von Ihnen so gewollt?

**Orbán:** Natürlich. Mein politischer Mentor in der westeuropäischen Politik war Otto Graf Lambsdorff. Und dann wurde ich ein Kollege und Freund von Helmut Kohl. Die Demokratie habe ich von beiden gelernt. Politischen Wettbewerb, Marktwirtschaft.

**ZEIT:** Wann setzte die große Enttäuschung bei Ihnen ein?

**Orbán:** Ich würde nicht von Enttäuschung sprechen. Bei Kohl oder Lambsdorff gab es zwischen der nationalen Souveränität, der eigenen Kultur und den vereinten europäischen Staaten ein Gleichgewicht. Das war nicht statisch, sondern eine dynamische Sache. Wir dachten damals, Westeuropa sei gut, und wir wären gar nicht auf die Idee gekommen, dass man das auch vermasseln kann. Und jetzt haben wir gelernt: Europa kann gut oder schlecht sein, es kann eine soziale Marktwirtschaft mit ökologischer Verantwortung sein, was wir Ungarn präferieren, oder ein unverschämter, gieriger Casino-Kapitalismus. Wann ist der Kampf in der EU so eskaliert? Das ist doch die Kernfrage.

## **"Für uns ist eine multikulturelle Gesellschaft eine Selbstaufgabe"**



*"Ich kann Ihnen erzählen, was ich ihr gesagt habe: 'Worum du mich bittest, Angela, ist Selbstmord.'" – Viktor Orbán © Geert Vanden Wijngaert/AP/dpa*

**ZEIT:** Und was ist die Antwort?

**Orbán:** 2015.

**ZEIT:** Die Flüchtlingspolitik.

**Orbán:** Die Migration. Wir haben auf einmal gesehen, dass jemand bestimmen möchte, wer sich in Ungarn aufhalten darf – und das waren nicht wir. Mehr noch, es ist so weit gekommen, dass gesagt wurde: Wer die Migranten reinlässt, ist ein Rechtsstaat, wer nicht, ist kein Rechtsstaat. So weit sind wir. 2015 wurde gesagt: Wer Migranten nicht reinlässt, sollte auch keine Gelder bekommen. Ist das die Gleichheitsidee?

**ZEIT:** Sie haben die Flüchtlinge immer wieder als Invasoren bezeichnet. Haben Sie wirklich Angst, dass die knapp zehn Millionen Ungarn überrannt werden könnten?

**Orbán:** Wo Sie jetzt sitzen, war fünfhundert Jahre lang ein Kloster. Und dann gab es hier 130 Jahre lang eine Moschee. Und heute sitze ich hier. Da ist es für mich schwer, die Welt anders zu sehen. Im mediterranen Bereich mögen Araber, Muslime und die christliche Welt gut zusammenleben. Aber wir Ungarn gehören zum nördlichen Randbereich der Region, und für uns ist die schmerzvolle geschichtliche Erfahrung der osmanischen Besatzungszeit im kollektiven Gedächtnis noch sehr verhaftet. Unserer Auffassung nach geschieht heute in Westeuropa, was früher nicht gelungen ist, nämlich dass die Muslime zum bestimmenden Faktor werden.

**ZEIT:** Aber es gibt heute keinen imperialistischen arabischen Herrscher, der seine Untertanen losschickt. Sie glauben wirklich, dass es eine Invasion von Muslimen gibt, die sich selbst legitimieren?

**Orbán:** Ja, so ist es. Ich spreche über eine Geschichtsphilosophie, die zum Selbstverständnis der Ungarn gehört. Für uns Ungarn ist eine multikulturelle Gesellschaft eine Selbstaufgabe. Und der Schutz der christlich-jüdischen Kultur ist der Selbsterhalt.

**ZEIT:** Darf ich fragen, wo Sie im multikulturellen Deutschland Anzeichen für diese Selbstaufgabe sehen? Deutschland hat in fünfzig Jahren so viele Migranten aufgenommen, dass heute jede vierte Person einen Migrationshintergrund hat. Diese Menschen sind da, aber das Land hat sich keinesfalls aufgegeben, es ist ein florierendes, liberales, demokratisches, friedfertiges Land, mit einer AfD, die sehr viel kleiner ist als die meisten anderen rechten Parteien im Westen.

**Orbán:** Die Deutschen werden schon wissen, was sie mit ihrem eigenen Land wollen. Ich bitte Sie nicht, meine Geschichtsbetrachtung zu teilen. Ich bitte Sie

auch nicht, unseren Standpunkt zu übernehmen, dass Multikulturalismus eine gefährliche Sache ist. Ich bitte Sie nur darum, zu akzeptieren, dass ich das Recht habe, die Zukunft meines eigenen Landes so zu sehen, wie ich es sehe.

**ZEIT:** Ich kann noch verstehen, dass Ihre Geschichte Sie misstrauisch gemacht hat. Aber wenn für alle Ewigkeiten gilt, dass Muslime gefährlich sind – wo ist da die Trennlinie zum Rassismus?

**Orbán:** Ungarn pflegt die besten Beziehungen zu den muslimischen Ländern. Ungarn gibt die größte Unterstützung an muslimische Staaten, die Not leiden. Wir haben nichts Muslimfeindliches. Wir haben nur eine Vorstellung von unserem eigenen Leben.

**ZEIT:** Aber Sie sagen: Wenn zu viele kommen, geben wir unsere christlich-ungarische Identität auf.

**Orbán:** Ja, warum müssen die kommen? Die haben doch ihr eigenes Land.

**ZEIT:** Aus denselben Gründen, aus denen zum Beispiel Millionen von Ungarn während des Kommunismus ihr Land verlassen haben: Sie haben sich woanders ein besseres Leben vorgestellt, mit mehr Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

**Orbán:** Das ist in Ordnung. Die Flucht vor dem Kommunismus hatte damals eigene Regeln. Heute ist es so: Jemand wie Sie ist Staatsbürger eines Unionslandes und kann gehen, wohin er will, auch zu uns, kein Problem. Eine andere Sache ist es aber, wen wir von außerhalb der Union reinlassen. Wir haben ausgezeichnete Beziehungen zu den Chinesen, doch es würde uns nicht freuen, wenn hier plötzlich fünf Millionen Chinesen auftauchen würden. Mein Standpunkt ist, wir müssen die Hilfe auch ins nördliche Afrika bringen und nicht das Problem hierherholen.

**ZEIT:** Sie haben mal Erdoğan und die Türkei erwähnt, Sie haben wiederholt die Leistung der Chinesen und Xi Jinpings herausgestellt, Sie bewundern den Erfolg von Putin in Russland. Sind diese drei Regenten Vorbilder für Sie?

**Orbán:** Wir können niemanden als Vorbild bezeichnen. Denn für das chinesische System braucht es Chinesen, für das türkische System braucht es Türken und für das russische Russen. Aber wir sind Ungarn.

**ZEIT:** Doch es sind alles Staaten, die illiberal sind, um einen Ihrer berühmten Begriffe zu gebrauchen ...

**Orbán:** Wenn ich über Ungarn spreche, spreche ich nicht über illiberale Staaten, sondern über illiberale Demokratien.

**ZEIT:** Also sind Ungarn, die Türkei und Russland auch für Sie keine Demokratien?

**Orbán:** Kultur ist stets die Grundlage jedes gesellschaftlichen Systems. Ungarn hat nicht die Demokratie, weil das eine gute Sache ist, sondern weil die Ungarn die Demokratie mögen, da fühlen sie sich wohl. Und wenn wir uns anschauen, wem die Ungarn am meisten ähneln, dann sind das sicherlich die anderen christlichen Staaten wie Deutschland, Polen, Österreich. Für mich sind Christen geborene Demokraten, weil das Christentum lehrt, dass jeder Mensch als Gottes Ebenbild erschaffen wurde. Deshalb ist es unwichtig, ob einer reich, der andere arm ist, denn wenn wir entscheiden, hat jeder eine Stimme – ein Genie genauso wie ein Dummkopf.

## **"Es gibt keine Einschränkungen in den ungarischen Medien"**

**ZEIT:** Heißt das also, dass es Völker gibt, die für die Demokratie nicht geeignet sind?

**Orbán:** Ich würde sagen, dass andere Völker ihr demokratisches, politisches System aus sich selbst heraus definieren müssen. Auch sie müssen herausfinden, wie ihre eigene Kultur mit der Demokratie verbunden werden kann. Sonst wird das nur ein primitiver amerikanischer Demokratie-Export.

**ZEIT:** Als Sie Anfang des Jahres in Berlin waren, haben Sie bei einer Veranstaltung gesagt, dass Angela Merkel durch die Flüchtlingspolitik ein politisches Vakuum geschaffen und somit den Aufstieg einer rechtspopulistischen Partei ermöglicht habe. Wenn das stimmt: Wie erklären Sie sich eigentlich, dass Sie als einer, der die Grenzen zugemacht hat, trotzdem eine rechtsradikale Partei haben, radikaler als die AfD und viel stärker?

**Orbán:** Die Jobbik-Partei ist mittlerweile bedeutungslos. Sie hat in ihrer Verzweiflung eine Allianz mit den Linken geschlossen. Die sind heute für die Migration, die mögen sogar Gender. Wenn es eine entschlossene demokratische, christliche, wertschützende Volkspartei gibt, die das Profil wahrt, dann bleibt für die radikale Rechte kein Raum. Das ist mein Standpunkt, das hat sogar Strauß und später Stoiber gesagt. Und ich denke, sie haben recht.

**ZEIT:** Sie sehen sich in der Tradition der CSU?

**Orbán:** Unsere christlich-nationale Regierung in Ungarn nimmt im Großen und Ganzen die geistige Position ein wie die CDU unter Helmut Kohl oder die CSU unter Edmund Stoiber. Aber Deutschland hat sich seitdem stark verändert, mit dem Ergebnis, dass die konservative Seite Deutschlands einen großen Kampf führen muss, um nicht die Macht zu verlieren. In Deutschland gibt es die große Koalition. Angela Merkel muss kämpfen, um keine linke Mehrheit zu haben. Die CDU hat im Grunde kein Programm. Das einzige Programm der CDU ist, die Linke

irgendwie in Schach zu halten. Das ist ihre Strategie, eine der beiden Möglichkeiten. Sie sagen: Okay, wenn die Gesellschaft sich so entwickelt und wir nicht die Mehrheit verlieren möchten, müssen wir einen Kompromiss mit der Linken eingehen und ihre Themen übernehmen. Die Konsequenz ist offensichtlich: Die Konservativen werden immer mehr zum linken Mainstream, sie können ihre Charakteristik nicht beibehalten.

**ZEIT:** Und die zweite Möglichkeit?

**Orbán:** Die zweite Möglichkeit ist – und das ist meine Strategie –, du sagst: Nein, Leute! Wahrscheinlich ist dies der Zeitgeist, aber wir denken, dass wir bestimmte konservative Werte verteidigen sollten. Das ist es, was ich hier mache: Ich muss die Leute daran erinnern, konsequent zu bleiben.

**ZEIT:** Sie sind zum vierten Mal Ministerpräsident. Sie regieren mit einer Zweidrittelmehrheit, das ist für andere Demokratien unvorstellbar viel. Warum müssen Sie aus einer solchen Position der Stärke heraus die Kleinen immer noch drangsaliieren? Um nur ein paar aktuelle Beispiele zu nennen: An der unabhängigen Filmhochschule in Budapest haben Sie die Führung ausgewechselt, dem kritischen Klubrádió wurde die Lizenz nicht verlängert, homosexuelle Paare sollen keine Kinder adoptieren dürfen. Und eine Schulbuchreform soll sicherstellen, dass das ungarische Nationalgefühl gestärkt wird. Demokratie heißt doch aber immer auch, dass die Mehrheit Rücksicht nimmt auf die Minderheit.

**Orbán:** Das nennt man Toleranz, dass man zur Kenntnis nehmen muss, dass es verschiedene Meinungen gibt, und die haben eine Daseinsberechtigung. Das wird auch nicht diskutiert. Ich bin kein Anführer der Nation, ich leite die Regierung.

**ZEIT:** Aber Sie machen doch die Spielräume für Opposition, für kritische Stimmen immer kleiner, obwohl Sie so stark sind.

**Orbán:** Es gibt keine Einschränkungen in den ungarischen Medien, die sind völlig frei. Ich kann auch nicht entscheiden, wer eine Radiofrequenz haben soll und wer nicht. Wenn das Parlament mir diese Befugnis gibt, dann werde ich es entscheiden, aber die denken nicht daran. Das ist Sache der Medienbehörde ...

**ZEIT:** ... die inzwischen mit Leuten aus Ihrer Partei besetzt ist.

**Orbán:** Das stimmt nicht. Die Mitglieder der Medienbehörde werden vom Parlament gewählt. Und die Qualität ihrer Entscheidungen wurde bislang von niemandem angezweifelt.

**ZEIT:** Aber Sie haben eine Zweidrittelmehrheit – das spiegelt sich auch in dem Gremium wider.

**Orbán:** Ja, aber bislang wurden deren Entscheidungen nicht angezweifelt. Und dass es Demokratie gibt, zeigt auch der Umstand, dass auch offen oppositionelle Rundfunkanstalten seit zehn Jahren existieren. Soweit ich verstanden habe, ist die Frequenz abgelaufen, das wird neu ausgeschrieben. Sie werden sich sicherlich neu bewerben, und der Medienrat wird entscheiden, wer die Frequenz kriegt, da kann und will ich nicht reinreden. Aber ich sage Ihnen, weshalb die westliche Kritik an der Medienfreiheit in Ungarn nicht greift – darüber lachen hier alle, und zwar lauthals: Alle wissen, dass die Medien in Ungarn mir und der Regierung gegenüber sehr kritisch sind.

**ZEIT:** Das hat außerhalb in Deutschland noch nie jemand beobachtet. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen ist komplett bei Ihnen.

**Orbán:** Wer Ungarisch spricht, weiß, dass ich recht habe. Ich nenne ein Beispiel. Sie schalten abends den Fernseher ein, der Kanal mit der höchsten Einschaltquote, übrigens aus Deutschland ...

**ZEIT:** ... jetzt kommen Sie bestimmt mit RTL.

**Orbán:** Die sind völlig oppositionell!

**ZEIT:** Die machen sehr viel Unterhaltung und ganz wenig Nachrichten.

**Orbán:** Das ist ihre Sache. Aber ihre Nachrichten gehören zu den meistgeschauten. Und es gibt hierzulande sehr beliebte Online-Portale für Nachrichten, die sind mehrheitlich alle gegen die Regierung.

## "George Soros ist ein Gegner Ungarns"



*"Wir haben nichts Muslimfeindliches. Wir haben nur eine Vorstellung von unserem eigenen Leben." – Viktor Orbán © Vivien Cher Benko*

**ZEIT:** Eines wurde verkauft und ist heute nicht mehr oppositionell, Origo. Und es gibt *Index.hu*, unabhängig und kritisch, aber in großen Schwierigkeiten.

**Orbán:** Ja, aber die funktionieren alle, und die meistgelesenen politischen Wochenmagazine, *HVG*, *Magyar Narancs* oder das große Online-Portal *24.hu*, bekennen sich zur härtesten Opposition. Auch *Index.hu* funktioniert selbstverständlich.

**ZEIT:** Aber nicht so gut, weil sie zum Beispiel kaum Werbeeinnahmen bekommen. Weil große ungarische Unternehmen, die staatliche Aufträge haben, sich nicht trauen, da Werbung zu schalten.

**Orbán:** Also, die meistgelesene Tageszeitung ist eine linke Zeitung, *Népszava*, die kriegen ständig staatliche Anzeigen, RTL ebenfalls. Wenn Sie heute Nachmittag noch Zeit haben, kommen Sie doch ins Parlament zur Fragestunde! Und Sie werden sehen, dass das, was dort gesagt wird, in Deutschland im Parlament undenkbar wäre. Sie werden überrascht sein.

**ZEIT:** Ich habe jedenfalls gehört, dass da durchaus auch Korruption angesprochen wurde. Auch die in Ihrer eigenen Familie ...

**Orbán:** ... da kommt alles. Diktatur und Korruption, alles, was Sie sich vorstellen können. Jeder sagt, was er will, und der Ministerpräsident muss dort stehen und einfach die Stirn bieten. Ich kenne die Hausordnung des Bundestags, das ist für den deutschen Regierungschef einfach das Paradies.

**ZEIT:** Sie meinen, weil jemand, der unflätig wird und sich nicht an die Regeln hält, rausgeworfen wird ...

**Orbán:** Ja. Überhaupt, verbale Kneipenprügeleien gehören nicht in den Bundestag.

**ZEIT:** Bei Ihnen schon?

**Orbán:** In Ungarn schon!

**ZEIT:** Aber das lässt sich alles einfach sagen, wenn man eine Zweidrittelmehrheit hat. Da kann man mit Franz Josef Strauß sagen: Das bisschen Opposition machen wir uns schon selber.

**Orbán:** In Deutschland sind politische Diskussionen nie so heftig wie bei uns, bei Ihnen sind das wohlerzogene Teestunden am Nachmittag, aus ungarischer Sicht. Bei uns trägt man die Argumente wie ein scharfes Messer vor.

**ZEIT:** Neben Ihrer Angst vor Muslimen haben Sie auch eine Obsession mit George Soros [<https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-04/ungarn-orban-soros-ceu-universitaet>]. Sie sagen, dass es kaum ein Land gebe, das so judenfreundlich sei wie Ungarn, niemand müsse Angst haben, dass er vor einer Synagoge oder einer jüdischen Schule belästigt, angegriffen oder gar erschossen werde. Warum haben Sie dann ein so brutales Wahlplakat gemacht wie vor zwei Jahren mit

Kommissionspräsident Juncker und dem Finanzspekulanten Soros als Drahtzieher, die dem ungarischen Volk Böses wollen? Unter Bemühung aller antisemitischen Klischees, die es nur gibt?

**Orbán:** Es stören sich nur Antisemiten daran, wenn ihnen Antisemitismus vorgeworfen wird. Ich nehme mir heraus, jeden wegen seiner politischen Meinung zu kritisieren – auch die, die jüdisch sind. Wen interessierte es, dass manche dann sagen, wir seien antisemitisch? Das sind wir nicht. Uns interessiert nicht, ob George Soros ein Jude ist oder nicht. George Soros will etwas, das schlecht für Ungarn ist. Er hat als Erster ausgesprochen, dass die Länder, die Migranten nicht reinlassen wollen, bestraft gehören und man ihnen die Gelder wegnehmen muss. Das ist ein rein politischer Diskurs mit George Soros.

**ZEIT:** Jüdische Institutionen haben sich aber sehr wohl an Ihrem Plakat gestört, auch in Ungarn.

**Orbán:** In Budapest können Sie beobachten, dass die zahlreichen jüdischen Institutionen und Synagogen nicht von der Polizei geschützt werden müssen. Die jüdische Kultur und ihre Unverletzlichkeit sind Teil unserer ungarischen Identität, wir haben die schärfsten Gesetze gegen Antisemitismus in Europa. Die jüdische Gemeinschaft in Budapest ist eine authentische, denn sie hat es geschafft, hier den Zweiten Weltkrieg zu überleben. Sie tragen den gesamten Schmerz, die ganze Tragödie in ihrem persönlichen Leben. Diese Gemeinschaft steht unter dem Schutz der ungarischen Regierung. Und das garantiere ich auch persönlich.

**ZEIT:** Würden Sie so ein Plakat wieder machen?

**Orbán:** Natürlich! Und das wird auch noch kommen. George Soros ist ein Gegner Ungarns.

**ZEIT:** Und ein großer Förderer von Viktor Orbán.

**Orbán:** (*lacht*)

**ZEIT:** Am Anfang Ihrer Karriere haben Sie ein Stipendium bekommen. Sie waren mal Mitarbeiter der Soros-Stiftung, er hat am Anfang Ihrer Partei geholfen.

**Orbán:** Soros hat große Verdienste in Ungarn hinsichtlich des Sturzes des Kommunismus. Er hat oppositionelle Gruppen in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre unterstützt, die Antikommunisten waren. Politische Meinungsunterschiede hatten wir zwar immer, doch dann gab es diesen einen Augenblick, in dem sich die Sache gedreht hat. Das war 2015, das ist wieder die Migration. Er wollte uns vorgeben, was gemacht werden müsse.

**ZEIT:** Sie machen nicht den Eindruck, kampfesmäde zu sein – obwohl Sie insgesamt mehr als 15 Jahre lang Ihr Land regieren und damit zusammen mit Angela Merkel zu den dienstältesten Regierungschefs in Europa gehören. Für Angela Merkel geht diese Zeit nun zu Ende. Glauben Sie, dass es für Sie leichter oder schwerer wird, wenn Merkel nicht mehr da ist?

**Orbán:** Ich habe Angela Merkel einen ungebetenen Rat gegeben und ihr gesagt: Bleib, denn wenn du nicht bleibst, dann wird das ein großes Problem für Europa werden. Aber ich konnte sie nicht überzeugen. Sie ist entschlossen zu gehen.

**ZEIT:** Wie steht es mit Ihrer eigenen Lust, weiter dieses Land zu regieren?

**Orbán:** Solange man mich zum Parlamentsabgeordneten wählt, werde ich Abgeordneter bleiben. Ich war 16 Jahre lang Abgeordneter in der Opposition, wenn ich diese Legislaturperiode zu Ende bringe, dann werde ich 16 Jahre an der Regierung gewesen sein. Das ist ein Unentschieden, und ich möchte dieses Spiel gewinnen. Ich werde also noch bei Wahlen antreten. Und wenn ich dann 80 bin und die Menschen mich weiterhin als Abgeordneten wollen, dann werde ich hübsch am Stock täglich ins Parlament kommen und mich an den Diskussionen beteiligen.

**ZEIT:** Das heißt, die Europäische Union wird auch ohne deutsche Präsidentschaft noch lange Freude an Ihnen haben?

**Orbán:** Wenn es nach mir geht, mit Sicherheit.

*Mitarbeit: Hanna Gieffers, Matthias Krupa, Simone Steinmetz*